Kurz wird ausgeliefert – aber wie immun ist er gegen eine Razzia?

Parlament. Neben der Causa Kurz sorgen auch zwei FPÖ-Betroffene für Debatten

VON RAFFAELA LINDORFER

Die Schonfrist für Sebastian Kurz läuft diese Woche ab: Das Parlament wird die Aufhebung seiner Immunität beschließen. Durch seinen Wechsel vom Kanzleramt in den ÖVP-Klub war er kurzfristig vor Ermittlungen in der Inseraten-Causa geschützt.

Im ersten Schritt wird der Immunitätsausschuss in der heutigen Sitzung für eine Auslieferung stimmen, am Donnerstag folgt der Beschluss im Plenum des Nationalrats.

Ein klarer Fall, sagen Experten unisono beim KURIER-Rundruf: Kurz war zum Tatzeitpunkt 2017 Die Immunität greift nur für Tätigseinem Mandat stehen.

Zur Frage, wie es dann weitergeht, scheiden sich aber die Geister. Etwa, wenn die Justiz eine Hausdurchsuchung plant oder den Neo-Klubchef festnehmen lassen will. Parlamentarismus-Experte Werner Zögernitz und Politologe Hubert Sickinger sagen: Die Wirtschaftsund Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) müsste noch einmal gesondert im Parlament um Auslieferung ersuchen, "Was ein erhebliches Hindernis für die Ermittlungen bedeutet", sagt Sickinger. Der "Überraschungseffekt" ist dahin, wenn alle Fraktionen - inklusive ÖVP - vorher um Erlaubnis gebeten werden.

Hausdurchsuchungen sind ein derart massiver Eingriff, dass der Maßnahme in der Geschäftsordnung ein eigener Punkt gewidmet ist. Die Immunität soll, so der Gedanke, Abgeordnete (Legislative) davor schützen, von Behörden (Exekutive) drangsaliert zu werden. Was aber gilt, wenn ein Abgeordne-

bereits ausgeliefert wurde, sei nicht Heinz Mayer. Seiner Ansicht nach braucht es keinen neuerlichen Antrag mehr.

Das sagt auch Selma Yildirim (SPÖ), Obfrau des Immunitätsausschusses. Jede weitere Ermittlungsmaßnahme sollte beim Auslieferungsbeschluss inkludiert sein. Yildirim gesteht aber ein, dass dies eine rechtliche Streitfrage sei, die beizeiten geklärt werden sollte.

Beschimpfungen

Zur Streitfrage wird heute im Aus-Außenminister, kein Abgeordneter, schuss noch ein zweites Auslieferungsbegehren: Die Staatsanwalt-

ter wegen desselben Tatverdachts Michael Schnedlitz wegen Verhetzung ermitteln, weil er im Juni ganz klar, sagt Verfassungsexperte kurz nach dem Tod der 13-jährigen Leonie - auf Facebook gepostet hat: "Zuwanderung tötet, Punkt."

Schnedlitz pocht auf seine Immunität und sagt, er habe das Posting im Rahmen seiner Arbeit als FPÖ-Mandatar abgesetzt. Parlamentarismus-Experte Zögernitz widerspricht: "Das Beschimpfen von Zuwanderern kann keine politische Tätigkeit sein", sagt er.

Kollege Sickinger ist sich da nicht so sicher. Die Frage der Auslieferung sei keine exakte Wissenschaft - es gibt aber "Usancen". Im engeren Sinne sind Abgeordnete bei dem, mann bei einer Corona-Demo gegen ich gegen ein Gesetz verstoße, muss was sie im Parlament sagen oder tun die Maskenpflicht verstoßen, wurde ich mich dafür verantworten. Wakeiten, die im Zusammenhang zu schaft Wien will gegen FPÖ-Mann – etwa in Debatten oder bei Anfra- vom Parlament ausgeliefert und soll



Kurz trat als Kanzler zurück, wurde Klubchef der ÖVP – und ist seither immun

auch für Außerberufliches, solange es einen Bezug zu ihrem Mandat gibt. Letzteres sollte restriktiver gehandhabt werden, meint Sickinger,

bert Kickl. Îm März hat der FPÖ-Ob-

gen - immun. Im weiteren Sinne nun Strafe zahlen. Er hat dagegen Beschwerde eingelegt, am 13. Jänner wird der Fall am Landesverwaltungsgericht Wien verhandelt.

Sickinger sieht keinen Grund. Ein Beispiel ist der Fall von Her- warum Kickl - oder ähnliche Fälle verschont werden sollten: "Wenn rum nicht auch ein Politiker?"